

die Arbeitgeber den Schlichter anrufen; die Schlichtungsprozedur dauert vier bis fünf Wochen. Innerhalb dieser Frist könnte die IG Metall mit ihren Tarifverhandlungen so weit sein, der ÖTV und dem Öffentlichen Dienst die ungeliebte Vorreiterrolle zu nehmen und durch einen Metall-Abschluß die Einigung im Öffentlichen Dienst zu erleichtern.

Das will Kohl wegen der leeren Kassen in Ost und West nicht. 1 Prozent mehr Lohn und Besoldung kosten allein für die 4,67 Millionen Staatsdiener im Westen 3,1 Milliarden. Und: Je besser die ÖTV abschneidet, desto größer werden auch die Chancen der Industriegewerkschaften auf einen guten Abschluß. Anders als vor der deutschen Einheit kosten zudem auch die Abschlüsse der Privatindustrie jetzt öffentliches Geld.

Denn im Osten ist die Treuhand nach wie vor größter Arbeitgeber; die Ostlöhne aber sind an das Westeinkommen gekoppelt. Anpassungssteigerungen zwischen 10 und 20 Prozent sind nicht zu vermeiden. Treuhand-Verwaltungsratschef Jens Odewald warnte Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann in einem Brief vor einem zusätzlichen Defizit von 5 bis 10 Milliarden Mark, das der Bund decken müßte.

Im Tarifgespräch am vorigen Donnerstag erwuchs Kohl scheinbar ein tapferer Mitsstreiter. Richard Klein (SPD), Oberstadtdirektor in Duisburg und Vertreter der Gemeinden, gab sich hart. Im Vorgespräch riet er, nach dem 19. März bei Nichteinigung keineswegs, wie üblich, nach dem Schlichter zu rufen, sondern der ÖTV die Wahl zwischen Nachgeben und Urabstimmung zuzuschieben. Klein: „Wir halten das durch.“

Auf diesen Verbündeten kann der CDU-Kanzler jedoch nur sehr bedingt bauen. Die Städte und Gemeinden leiden am stärksten unter einem Arbeitskampf, sie sind schon oft als erste aus der Einheitsfront der öffentlichen Arbeitgeber ausgebrochen.

Parteifinanzen

Beschränkte Haftung

Unbekümmert tricksen und verschleiern die Schatzmeister von CDU und FDP in ihren Rechenschaftsberichten.

Rita Süßmuth wollte es genau wissen. „Vor dem Hintergrund der Herstellung der deutschen Einheit“, so ließ die Bundestagspräsidentin im Mai letzten Jahres die Parteien wissen, müßten sie auch für das Jahr der Deutschen exakte Rechenschaft ablegen



FDP-Schatzmeister Solms
Millionen verschwunden

über „die Herkunft und die Verwendung“ ihrer Mittel.

Weil die Präsidentin die Unlust der Schatzmeister zum Kassensturz nur zu gut kennt, folgten zwei Mahnungen: Wer keinen umfassenden Bericht für 1990 abliefern, dem werde die staatliche Zuwendung abgedreht. Und: Die „gesetzliche Rückwirkung“ fordere, daß auch für die letzten Monate der DDR von Januar bis zum 3. Oktober 1990 Inventur zu machen sei, mit allen Zahlen, mit Brief und Siegel eines vereidigten Wirtschaftsprüfers.

Nach Ablauf einer Bedenkzeit, die sich immerhin 12 von 20 Schatzmeistern nahmen, steht fest: Die erhoffte Aufklärung ist in vielen Fällen ausgeblieben. Vor allem die Schatzmeister von CDU und FDP, Walther Leisler Kiep und Hermann Otto Solms, wollten sich nur ungerne in alle Bücher schauen lassen.

So werden die Berichte, die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth in den nächsten Tagen veröffentlichen wird, nur lückenhaft von jenem Goldrausch der Parteien zeugen, der trotz deren erwiesener Geldgier in diesem Ausmaß noch nie beobachtet wurde. Dabei haben die Bonner Schatzmeister im Jahr der deutschen Einheit soviel kassiert wie noch nie:

- ▷ CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne strichen 1990 zusammen knapp eine Milliarde Mark ein.
- ▷ Die fünf Parteien kassierten Wahlkampfkosten-Erstattungen in Höhe von 367,3 Millionen Mark – eine Steigerung von 115 Prozent gegenüber 1989 (170,6 Millionen Mark), die sich aus der Vielzahl von Wahlen und dem Zuwachs von 17 Millionen Ost-Bürgern erklärt.
- ▷ Allein die Kanzlerpartei CDU holte sich im Jahr der Einheit 142 Millionen

aus staatlichen Wahlkampftöpfen, 92,5 Millionen mehr als im Jahr zuvor.

▷ Noch besser schnitt der Koalitionspartner FDP ab. Für die Wahlkämpfe gab es 1990 satte 44,6 Millionen Mark – 1989 waren es noch magere 14,4 Millionen.

▷ Zugleich ging ein nie gekannter Spendenregen nieder. Die Schatzmeister verbuchten ein Plus von 57 Prozent (siehe Kasten).

Allerdings wird auch nach Veröffentlichung der Berichte unklar bleiben, wofür ein Teil des gesamtdeutschen Geldsegers ausgegeben wurde. Beispiel DDR: Rund 210 Millionen Mark, so



CDU-Schatzmeister Kiep
Lyrik statt Fakten

Gefährliche Abhängigkeit

Das Jahr der deutschen Einheit war für die Parteien ein Jahr des großen Geldes. Rund 180 Millionen Mark sammelten die Schatzmeister der bundesweit operierenden Parteien 1990 allein an Spenden ein – 65 Millionen Mark mehr als 1989.

Bei der Verteilung, so weisen die noch unter Verschuß gehaltenen Rechenschaftsberichte der Parteien aus, beherzigten die Spender offensichtlich eine Regel: Je lauter das Bekenntnis zur Einheit, desto größer die Zuwendung.

Während die Grünen einen Spendenrückgang erlebten, kassierten CDU

schätzen Experten, hat die Volkskammer der DDR noch 1990 an die Parteien verteilt. Nur SPD und Grüne allerdings haben bei Rita Süßmuth einen testierten Bericht darüber abgeliefert, wie die Gelder verwendet wurden. Bei den anderen Parteien und Gruppierungen ist die Auskunft unvollständig oder fehlt ganz.

So fanden die Finanzjongleure von CDU und FDP, Walther Leisler Kiep und Hermann Otto Solms, ein juristisches Hintertürchen: Ihre DDR-Partner – alte Blockparteien wie Ost-CDU, LDPD oder NDPD sowie Nach-Wende-Gründungen wie Demokratischer Aufbruch, Deutsche Forumpartei (DFP) oder FDP-Ost – seien noch vor der Vereinigung bei ihnen im Westen untergeklupft.

Als Bonner Verantwortliche könne man nur für das mit Brief und Siegel bürgen, was die Ost-Brüder am Tag der Fusion an Vermögen mitbrachten. Zu einem lückenlosen und von Wirtschaftsprüfern testierten Bericht über das Finanzgebaren der Ostdeutschen sehe man sich weder in der Lage noch verpflichtet.

Statt der geforderten harten Fakten lieferten die Koalitionskassierer politische Lyrik. Die Vereinigung von Ost- und West-CDU, so philosophierte etwa Kiep, habe „lediglich auf der Ebene der politischen Idealsphäre“ stattgefunden. Auf die Ostler hätten die Bonner „keinerlei rechtliche Einflußnahmenmöglichkeit“ gehabt. Und Solms lieferte seine Zahlen mit dem Hinweis ab, daß dies eine „freiwillig übernommene Aufgabe“ der Liberalen sei – „nach bestem Wissen und Gewissen, jedoch unter Ausschluß jeglicher rechtlicher Verantwortlichkeit“.

Kassieren mit beschränkter Haftung – die in Spendenaffären geschulten Herren aus Bonn wissen, warum. Etlliche Finanztransaktionen in den letzten Tagen der DDR waren anrüchig. Das verworrene Zahlenwerk für die Zeit vor dem 3. Oktober 1990, das die Schatzmeister der Bonner Koalitionsparteien vorlegten, bestärkt nur die Zweifel.

So sollten knapp 2,5 Millionen Mark (nach CDU-eigenen Berechnungen sind es nur 1,95 Millionen), die die Volkskammerfraktion vor ihrer Auflösung nicht mehr ausgeben konnten, noch vor der Vereinigung an die neuen CDU-Landesverbände weitergegeben werden und so im unverbindlichen Zahlenwerk verschwinden.

Pech für die Unionschristen: Weil die Banken im Osten langsam arbeiteten, kamen die Überweisungen erst nach dem 3. Oktober 1990 an. Sie mußten im testierten Rechenschaftsbericht ausgewiesen werden. Nun soll die Union erklären, was nach bundesdeutschem Recht verboten ist: wieso Staatsgelder für die Fraktion an die Partei fließen konnten.

Noch weitere Merkwürdigkeiten müssen Kiep & Co. klären, wollen sie

nicht den Verdacht unsauberer Parteienfinanzierung auf sich ziehen. Alle Parteien gaben für die erste gesamtdeutsche Wahl im Dezember 1990 mehr Geld aus als bei früheren Bundestagswahlen – nur die West-CDU nicht. Sie begnügte sich mit rund 130 Millionen Mark, obwohl sie für die Bundestagswahl 1987 im kleineren Gebiet 168,5 Millionen spendiert hatte.

Oder das Wunder von Ost-Berlin: Im ersten Halbjahr 1990 führte die DDR-CDU zwei aufwendige Wahlkämpfe für Volkskammer und Gemeindeparlamente und kassierte unter anderem einen „Staatszuschuß“ von 41,2 Millionen Ost-Mark. Doch in Kieps Bericht tauchen nur Ausgaben in Höhe von 1,37 Millionen DDR-Mark für „politische Arbeit“ auf. In ihren letzten drei Monaten will der Ost-Berliner CDU-Vorstand nur 894 000 West-Mark für „politische Arbeit“ ausgegeben haben.

Auch Kieps liberaler Kollege hat einiges zu erklären. Durch das Finanz-Dickicht der FDP-Blockflöten LDPD und NDPD kämpfen sich seit Monaten

FETTE BEUTE

Spenden an die etablierten Bundestagsparteien in Millionen Mark



und CSU besonders kräftig. Bei Helmut Kohls Christdemokraten gingen 1990 insgesamt 72,4 Millionen Mark ein, fast 30 Millionen Mark mehr als im Jahr zuvor. Besser noch erging es der CSU: Sie konnte ihren Anteil an Spenden binnen eines Jahres verdoppeln – auf fast 36 Millionen Mark.

Zu danken haben die Schatzmeister vor allem den Wirtschaftsbossen. Wenige Jahre nach der Flick-Affäre, die für einige Zeit die Spendierfreude der Unternehmer gedämpft hatte, waren die Industrieführer großzügig wie nie zuvor – allen voran die Vorzeige-Unternehmen der deutschen Wirtschaft. So bedachte die Deutsche Bank CDU/CSU, FDP und SPD mit 1,22 Millionen Mark

(davon allein 760 000 Mark für die CDU); übertroffen lediglich vom Auto- und Rüstungskonzern Daimler-Benz, der sich mit 1,7 Millionen Mark beteiligte.

Die Parteien bringen sich damit erneut in gefährliche Abhängigkeit. Beispiel SPD: Unter den 25 Großspendern, die den Sozialdemokraten mehr als 40 000 Mark eingezahlt haben und deshalb vom Schatzmeister öffentlich ausgewiesen werden müssen, befinden sich acht Bau-Unternehmen und große Architektenbüros – allesamt aus der Umgebung der bayerischen Landeshauptstadt München. Dort regiert seit Jahren die SPD unter Oberbürgermeister Georg Kronawitter.

Wirtschaftsprüfer im Auftrag von Treuhand und Unabhängiger Kommission, Solms liefert dazu einen knappen Vier-Seiten-Brief.

Ganze fünf Posten für Einnahmen und Ausgaben umfaßt zum Beispiel das Zahlenwerk für die Ost-FDP. Ausgezählte Staatszuschüsse von rund 1,2 Millionen DDR-Mark tauchen gar nicht erst auf. Wo das Geld geblieben ist, wird kaum zu klären sein. Rita Süßmuth kann Solms nicht zu weiteren Auskünften zwingen. Und die FDP, im Jahr der Vereinigung um viele Millionen reicher geworden, zeigt kein Interesse an Nachforschungen.

Der Solms-Bevollmächtigte Walter Eschweiler sagt ganz offen: Da gehe es doch bloß um „Kleingeld“ im großen Vereinigungsgeschäft.